

INTERNATIONALE POLITIK

**KUBA:
SOZIALISMUS RELOADED
ODER RÜCKKEHR
DES KAPITALISMUS?**

**DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION
AUF KUBA**

ANDREAS KNOBLOCH



INHALT

Vorwort	2
1 Einleitung	3
2 Interne Faktoren	4
2.1 Parteikongress und Leitlinien	4
2.2 Staatsunternehmen	6
2.3 <i>Cuentapropistas</i> – Arbeit auf eigene Rechnung	7
2.4 Genossenschaften	9
2.5 Landwirtschaft	10
2.6 Löhne, Einkommen und Doppelwährung	11
3 Externe Faktoren	13
3.1 Auslandsinvestitionen: Sonderwirtschaftszone und Investitionskatalog	13
3.2 Venezuela	14
3.3 Vereinigte Staaten	15
3.4 Europäische Union	16
3.5 Bundesrepublik Deutschland	17
4 Ausblick	19

VORWORT

Ist die Idee des kubanischen Karibiksozialismus gescheitert? Der Tod Fidel Castros war den Gegner_innen dieses Projekts ein willkommener Anlass, mit den immergleichen Argumenten erneut ein Ende des kubanischen Weges herbeizuschreiben. Aber das Ableben des Revolutionärs hat keine Absage an sein Lebenswerk zur Folge gehabt. Kuba hält an seinen sozialen Errungenschaften fest, wenn auch unter zunehmend schwierigen Bedingungen. Wirtschaftlich ist die Blockade durch die USA – an dessen Bestand auch die Annäherungspolitik Barack Obamas nichts geändert hat – das Hindernis Nummer eins. Aber auch der Verfall des Ölpreises und die Krise in Venezuela bedeuten für Kuba große Herausforderungen.

Zweifellos gibt es verschiedene Ansichten innerhalb der Kommunistischen Partei Kubas (Partido Comunista Cubano, PCC) darüber, welcher Weg das Land am besten aus der Krise führt. Und nicht alle Vorschläge wollen so richtig zu der Idee einer sozialistischen Gesellschaft passen.

Genannt sei hier die Freihandelszone Puerto Mariel – in diesem Fall ist die Frage nach Sozialstandards und dem Recht auf gewerkschaftliche Organisation für die Beschäftigten bisher unbeantwortet geblieben. Auch die wachsende Anzahl von durch Profitlogik angetriebenen Kleinunternehmer_innen ist nicht nur eine Bereicherung für das kubanische Projekt.

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine solidarische Grundhaltung zum revolutionären Projekt auf Kuba eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig ist aber auch kritisches Nachfragen und Nachhaken eine Verpflichtung, der wir mit dieser Analyse nachkommen möchten. Unser Autor Andreas Knobloch macht eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Prozesse im Rahmen der «Aktualisierung des Sozialismus» auf Kuba und nimmt eine Perspektivenbestimmung vor.

Torge Löding, Leiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Mexiko, Zentralamerika und Kuba
Mexiko-Stadt, April 2017

Seit der Regierungsübernahme durch Raúl Castro im Jahr 2008 befindet sich Kuba im Umbruch. Die Wirtschaft wurde für ausländisches Kapital geöffnet, der Staatssektor verkleinert und mehr Privatinitiative zugelassen. Darüber hinaus erlaubte die Regierung den Kauf und Verkauf von Autos und Immobilien, hob Reisebeschränkungen auf und baut den Internetzugang für die Bevölkerung aus. Als Rahmen für die weiteren Reformvorhaben wurden auf dem VI. Kongress der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) im April 2011 mehr als 300 *lineamientos*, Leitlinien, beschlossen. Im April 2016 wurden auf dem VII. Parteikongress die fünf Jahre zuvor angestoßenen Reformen und die wirtschaftliche Entwicklung seitdem evaluiert sowie die Ausrichtung für die kommenden Jahre debattiert.

Ausgehend vom VII. Parteitag im April 2016, auf dem Zwischenbilanz gezogen wurde, sollen im Folgenden Eckpunkte des von der kubanischen Regierung als «Aktualisierung des sozialistischen Modells» bezeichneten Transformationsprozesses aufgezeigt und einige Entwicklungen nachgezeichnet werden: Welche Fortschritte wurden gemacht? Wo gibt es Probleme? Wohin geht die Entwicklung?

Zwei Momente sind dabei grundlegend. Zum einen die Dezentralisierung und Ausweitung der Autonomie staatlicher Betriebe sowie der Ausbau des privaten Beschäftigungssektors, in Kuba als *trabajo por cuenta propia*, Arbeit auf eigene Rechnung, bezeichnet, bei Beibehaltung sozialer Errungenschaften, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Zum anderen die Öffnung für ausländisches Kapital und die Diversifizierung der

Außenwirtschaft vor dem Hintergrund schwieriger globaler Rahmenbedingungen wie die Wirtschaftskrise in Venezuela und die mit der Präsidentschaft Donald Trumps verbundene Ungewissheit – nicht zu vergessen die seit 1960 bestehende Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade durch die USA.

Da es nur wenig statistisches Material gibt, stützt sich die Analyse vornehmlich auf Zeitungspublikationen und vom Autor geführte Interviews.

Einen wichtigen Einschnitt stellt der Tod des Revolutionsführers Fidel Castro Ende November 2016 dar. «Fidel war zwar nicht mehr in die Alltagspolitik involviert, aber als Legitimator Raúls immer noch extrem wichtig», sagt Bert Hoffmann, Kuba-Experte am German Institute of Global and Area Studies (GIGA).¹ Dies habe man auf dem Kongress der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) im April 2016 gesehen: Die volle Unterstützung Raúls wurde mit einem weitgehenden Reformstopp bezahlt. Bis zuletzt war Fidel eine wichtige Figur für den orthodoxen Flügel der PCC: denjenigen, denen der von Raúl betriebene Wandel zu weit geht. Nach Fidel Castros Tod geht es nun auch um sein politisches Erbe: «Der Tod Fidels markiert einen historischen und für viele auch emotionalen Moment, aber nicht wirklich einen politischen Einschnitt», so Hoffmann. Viele Kubaner_innen, vor allem die jungen, hoffen nun, dass Raúl die begonnene Reformpolitik vielleicht sogar beschleunigt. Nun, wie man in den Straßen Havannas immer wieder hört, da ihm Fidel nicht mehr über die Schulter schaut.

¹ Interview mit Bert Hoffmann, 29.11.2016.

2 INTERNE FAKTOREN

2.1 Parteikongress und Leitlinien

Mit dem VI. Kongress der PCC im April 2011, dem ersten Parteitag seit 1997, wurden die von Präsident Raúl Castro angestoßenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen in Form von 313 Leitlinien niedergeschrieben.² Sie dienen als Richtschnur für den Transformationsprozess, der wirtschaftliche Entwicklung und mehr Wohlstand für die Bevölkerung bei Beibehaltung sozialistischer Prinzipien ermöglichen soll. Die Regierung spricht von einer Aktualisierung des sozialistischen Modells. Es handelt sich aber vielmehr um die Verabschiedung vieler bisheriger Elemente des kubanischen Sozialismus, ausgehend von der Erkenntnis, dass die tiefe Strukturkrise der kubanischen Wirtschaft neue Ansätze erfordert. Die breite Palette von Reformmaßnahmen beinhaltet die Ausweitung des Privatsektors, eine größere Diversifizierung von Eigentumsformen, sowie die graduelle Abschaffung von Subventionen. Darüber hinaus soll ein Dezentralisierungsprozess der lokalen Regierungsebene und staatlichen Betrieben mehr Autonomie verschaffen. Im Vorfeld des Parteikongresses 2011 waren die Reformvorhaben in Tausenden Nachbarschafts- und Betriebsversammlungen von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert worden. Fünf Jahre später, auf dem VII. Parteikongress im April 2016, wurde Bilanz gezogen und wurden die Entwicklungslinien für die kommenden Jahre debattiert. Diesmal gab es im Vorfeld keine breite Diskussion; noch nicht einmal die rund 700.000 Parteimitglieder erhielten Zugang zu den zu diskutierenden Dokumenten. Das sorgte im Vorfeld für Unmut an der Basis.³

In seiner Rede zum Auftakt des Parteitages zog Staats- und Regierungschef Raúl Castro eine eher nüchterne Bilanz: Gerade einmal gut 20 Prozent der 2011 beschlossenen Leitlinien seien vollständig umgesetzt worden; mehr als drei Viertel befänden sich noch im Prozess der Umsetzung. Als Haupthindernis machte Castro eine «antiquierte Mentalität» aus, die sich durch Trägheit und mangelndes Vertrauen in die Zukunft auszeichne.

Einen wichtigen Raum während des viertägigen Parteitages nahm die Debatte um die künftige Rolle von Privatwirtschaft und Privateigentum ein. Deren Existenz «bedeute keine Rückkehr des Kapitalismus», betonte Castro. «Die Arbeit auf eigene Rechnung und private Kleinunternehmen sind nicht per se anti-sozialistisch, und die Mehrheit der in dem Bereich Arbeitenden sind Revolutionäre», so der Parteivorsitzende.⁴ Man werde aber keine Konzentration von Reichtum erlauben. Kubas Präsident machte in seiner Ansprache deutlich, dass der eingeschlagene Weg fortgeführt werde. Eine Privatisierung von Schlüsselindustrien sowie des Gesundheits- und Bildungswesens werde es nicht geben.

Der Parteikongress bestätigte, dass die Produktionsmittel in den Händen des Staates verbleiben und privatwirtschaftliche Tätigkeiten einzig ergänzenden

² VI Congreso del Partido Comunista de Cuba: Lineamientos de la política económica y social del partido y la revolución, Havana 2011, unter: www.cubadebate.cu/wp-content/uploads/2011/05/folleto-lineamientos-vi-cong.pdf. ³ A menos de un mes del Congreso del Partido, in: Granma, 27.3.2016, unter: www.granma.cu/septimo-congreso-del-pcc/2016-03-27/a-menos-de-un-mes-del-congreso-del-partido-27-03-2016-21-03-54. ⁴ Castro Ruz, Raúl: Informe Central al VII Congreso del Partido Comunista Cuba, in: Cubadebate, 17.4.2016, unter: www.cubadebate.cu/noticias/2016/04/17/informe-central-al-vii-congreso-del-partido-comunista-cuba/#.WJ5w1RCePcE.

Charakter in der zentral gelenkten Wirtschaft haben sollen. Die Grenzen aber blieben unklar, ebenso die Beziehung zwischen Staat und wachsender Privatwirtschaft.

Castro bekräftigte in seiner Abschlussrede, dass bei den aktuellen Wirtschaftsreformen niemand zurückgelassen werde; auch werde es keine «Schocktherapien» wie in Europa geben. «Die neoliberalen Formeln, die eine schnelle Privatisierung des staatlichen Eigentums und der sozialen Dienste vorsehen [...], werden niemals im kubanischen Sozialismus angewandt werden.»⁵ Die Entscheidungen in der Wirtschaft dürften unter keinen Umständen einen Bruch mit den Idealen von Gleichheit und Gerechtigkeit der Revolution bedeuten. Die sozialen Errungenschaften der Revolution müssten erhalten, jedoch weiterhin verbessert werden. Auf dem Parteitag wurde ein Konzept zur wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2030 vorgelegt,⁶ das von diesem diskutiert, aber nicht beschlossen wurde. Zuvor soll es Diskussionen auf allen Ebenen der Gesellschaft geben. Das kubanische Parlament könnte dann in diesem Jahr den Entwicklungsplan verabschieden. Ziel sei es, einen langfristigen Plan für das Land zu entwerfen und improvisierte Lösungen hinter sich zu lassen, hieß es. Als strategische Bereiche wurden die Energieversorgung, Lebensmittelproduktion und Tourismus ausgemacht. Neben Öl und Gas sollen erneuerbare Energien ausgebaut und die Energieeffizienz erhöht werden. Ziel sei die Selbstversorgung. Ähnliches gilt für die Produktion von Lebensmitteln, wo die Abhängigkeit von Importen verringert werden soll. Im Bereich Tourismus sollen bis zum Jahr 2030 108.000 neue Hotelbetten hinzukommen, um die stei-

gende Nachfrage zu bedienen. Die private Zimmervermietung behält eine wichtige ergänzende Funktion.

Der Parteikongress verabschiedete eine Aktualisierung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen. Diese besteht nun aus 268 Leitlinien – 31 blieben erhalten, 193 wurden modifiziert, 44 neue kamen hinzu.

Die «wichtigen Transformationen» sollten ihren Niederschlag in einer Verfassungsreform finden, kündigte Raúl Castro an. Am Ein-Parteien-System und an der Führungsrolle der Kommunistischen Partei werde sich aber nichts ändern. «Wenn sie es schaffen, uns zu spalten, wäre das der Anfang vom Ende der Revolution, des Sozialismus und der Unabhängigkeit», warnte Castro in seiner Rede.

Die Staffelübergabe an die jüngere Generation fand auf diesem Parteitag aber nicht statt. Wider Erwarten gab es keine großen Veränderungen in der Parteispitze. Trotz angekündigten Ausscheidens als Regierungschef Anfang 2018 wurde der 85-jährige Raúl Castro für weitere fünf Jahre als Erster Parteisekretär wiedergewählt. Auch der 86-jährige José Ramon Machado Ventura wurde als Zweiter Parteisekretär im Amt bestätigt. Eine Verjüngung ist am ehesten am neu zusammengesetzten Zentralkomitee abzulesen, das bei einem Altersdurchschnitt von 54 Jahren nunmehr 142 Mitglieder hat. Dem 17-köpfigen Politbüro gehören weiterhin der Erste Vizepräsident und Raúls mutmaßlicher Nachfol-

⁵ Castro Ruz, Raúl: La Revolución jamás encontrará solución a sus problemas de espaldas al pueblo, in: Cubadebate, 19.4.2016, unter: www.cubadebate.cu/opinion/2016/04/19/la-revolucion-jamas-encontrara-solucion-a-sus-problemas-de-espaldas-al-pueblo/#.WJ5w2BCePcE. ⁶ Congreso del PCC: Plan de desarrollo económico y social hasta 2030, unter: gramma.cu/file/pdf/gaceta/Copia para el Sitio Web.pdf.

ger als Präsident, Miguel Díaz-Canel, sowie Außenminister Bruno Rodríguez an; mit Vizepräsident Ramiro Valdés und Verteidigungsminister Leopoldo Cintra Frías aber auch zwei weitere Vertreter der «historischen Generation». Das (personelle) Signal des Parteitages kann wohl am ehesten als ein «Weiter so» interpretiert werden.

2.2 Staatsunternehmen

Die Erneuerung des Staatssektors gilt als Kernstück der aktuellen Reformen. Mehr als 70 Prozent der Kubaner_innen sind derzeit in staatlichen Behörden und Betrieben beschäftigt. Veränderungen in diesem Bereich haben daher strukturell große Auswirkungen.

Die wichtigsten Veränderungen im Staatssektor wurden in den Jahren 2013 und 2014 angestoßen. Im Dezember 2014 trat mit der *resolución 17* ein wichtiges Gesetz zur Reform staatlicher Unternehmen in Kraft. Diese dürfen nun 50 statt bisher 30 Prozent ihrer Nettoeinnahmen behalten sowie eigene Lohnsysteme entwickeln. Löhne und Bonuszahlungen sollen demnach stärker an die erbrachte Arbeitsleistung gekoppelt werden. Ziel ist es, Produktivität und Investitionen zu erhöhen. Die Entscheidung über Zahlungen liegt zudem nicht mehr zentral bei den Ministerien, sondern wird von branchenspezifischen Unternehmensaufsichten (Organizaciones Superiores de Dirección Empresarial, OSDE) genehmigt. Staatliche Betriebe müssen Steuern auf Gewinne zahlen und Rücklagen für den Fall von Verlusten bilden. Insgesamt werden Entscheidungen dezentralisiert und die Unternehmen erhalten mehr Autonomie.⁷

Noch aber gibt es Probleme bei der Umsetzung. So berichtete die kubanische

Tageszeitung *Granma* Anfang 2017, dass Inspektionen der staatlichen Kontrollbehörde bei staatlichen Unternehmen Ende 2016 in der Hauptstadt Havanna Verluste von 51 Millionen konvertiblen Pesos (CUC, rund 53 Millionen US-Dollar) und 90 Millionen kubanischen Pesos (CUP, rund 4 Millionen US-Dollar) ans Licht gebracht hätten. «Die Untersuchungen zeigen nur geringe Fortschritte hinsichtlich der Umsetzung der Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution», stellte die Zeitung fest.⁸ Ineffiziente Verwaltung und der «Mangel an Integrität bei der Planung» seien für die Nichterfüllung der vorgegebenen Wirtschaftspläne im staatlichen Sektor verantwortlich.

Auch wenn die Beschäftigung im Staatssektor von 81 Prozent (2010) auf 71 Prozent (2015) zurückging, wie Raúl Castro auf dem Parteikongress 2016 bilanzierte, macht dieser weiterhin den Großteil der kubanischen Wirtschaft aus. Ursprünglich war vorgesehen, bis April 2011 500.000 und insgesamt 1,5 Millionen Staatsangestellte bis 2014 zu entlassen. Aufgefangen werden sollte der Stellenabbau durch den Privatsektor; doch wurde dieser Plan bereits Mitte 2011 aufgegeben, da die Dinge – wie so oft auf Kuba – doch mehr Zeit in Anspruch nahmen. Seitdem wurden keine weiteren Angaben über den Stand der Entlassungen mehr gemacht.

⁷ Díaz Fernández, Ileana: La empresa estatal cubana. Desde la teoría de agencia, in: Temas 83, Havanna 2015, S. 4–11. ⁸ Rivera Acosta, Rachel: Dar en el control un necesario paso de avance, in: Granma, 31.1.2017, unter: www.granma.cu/cuba/2017-01-31/dar-en-el-control-un-necesario-paso-de-avance-31-01-2017-23-01-22.

2.3 *Cuentapropistas* – Arbeit auf eigene Rechnung

Wenn auch langsamer als zunächst angepeilt – der Privatsektor auf Kuba wächst. Etwas mehr als eine halbe Million Kubaner_innen haben sich seit der Lockerung der Regelung für Unternehmer_innen im Oktober 2010 in den fast 200 erlaubten Tätigkeiten, die unabhängig von Staatsbetrieben ausgeübt werden dürfen, selbstständig gemacht.⁹ In der Regel handelt es sich dabei um einfache Dienstleistungen und Handwerksberufe. Zu Beginn des Reformprozesses 2008 hatte die Zahl der Selbstständigen bei 157.000 gelegen.

Der wachsende Privatsektor soll zum Teil den Stellenabbau in den Staatsbetrieben auffangen und vor allem im Dienstleistungsbereich den Staat entlasten. Gerade tourismusnahe Beschäftigungen boomen. So betreiben viele Kleinunternehmer_innen Imbisse oder Restaurants, fahren Taxi oder vermieten Wohnungen an Touristen_innen; andere haben ausgefallener Berufe wie Feuerzeugauffüller oder Clown.

Unumstritten ist die Ausweitung privater Beschäftigung nicht, was nicht zuletzt die Debatten auf dem VII. Parteikongress gezeigt haben. So gab Präsident Castro mit Blick auf den wachsenden Privatsektor zu bedenken: «Der Anstieg der selbstständig Beschäftigten und die Genehmigung der Vertragsarbeit hat in der Praxis zum Entstehen von mittleren, kleinen und Kleinstunternehmen geführt, die heute ohne eine entsprechende Rechtsform arbeiten und sich gesetzlich in einem Rahmen bewegen, der für Einzelpersonen und Familienunternehmen geschaffen wurde.» Es wird erwartet, dass bald passende Rechtsformen für kleinere und mittlere Unternehmen gefunden werden.¹⁰

Gleichzeitig warnte Raúl Castro auf dem Parteitag in klarer Anspielung auf die USA vor «Versuchen mächtiger auswärtiger Kräfte», die auf eine Stärkung nichtstaatlicher Wirtschaftssektoren in Kuba setzten – mit dem Ziel, «Agenten eines Wandels» zu schaffen, um der Revolution und dem Sozialismus ein Ende zu bereiten. Er verwies auf die Leitlinie Nr. 3, die das Verbot der Konzentration von Eigentum und die Regulierung von Reichtum in Privathand beinhaltet.

Der Besuch von US-Präsident Barack Obama in Havanna nur wenige Wochen vor dem Parteikongress hat klargemacht, dass die USA statt auf die traditionellen, isolierten und untereinander zerstrittenen Dissidentengruppen künftig auf Kubas Kleinunternehmer_innen als Motoren gesellschaftlicher Veränderung setzen werden. Dies stellt die kubanische Regierung vor neue Herausforderungen. Denn einerseits gilt der Ausbau privatwirtschaftlicher Tätigkeiten auf kleiner und mittlerer Ebene als wichtiger Impuls für Kubas wirtschaftliche Entwicklung; andererseits sitzt das Misstrauen gegenüber den USA tief. Deren Ziel – Sturz der sozialistischen Ordnung – sei dasselbe wie eh und je, nur die Methoden hätten sich geändert, heißt es immer wieder.

Groß war die Verunsicherung bei Privatunternehmen und Öffentlichkeit daher, als im September 2016 die kubanischen Behörden mehrere *paladares*, wie die Privatrestaurants in Kuba genannt werden, schlossen und keine Restaurantlizenzen mehr ausgaben. Die *paladares* sind sicht-

⁹ Laut Daten des kubanischen Arbeitsministeriums (Ministerio del Trabajo y Seguridad Social, MTSS) gab es in Kuba Ende 2016 mehr als 535.000 «Arbeiter_innen auf eigene Rechnung» (sogenannte *cuentapropistas*) bzw. nichtstaatliche Angestellte. ¹⁰ Sosin Martínez, Eileen: PYMES en Cuba: Las cosas por su nombre, in: Progreso Semanal, 26.8.2016, unter: progreso-semanal.us/20160825/pymes-cuba-las-cosas-nombre.

barster Ausdruck eines sich verändernden Kubas und des wachsenden Privatsektors. Bei den Schließungen ging es um Einhaltung der Öffnungszeiten, Verträge von Angestellten, aber auch illegale Einkäufe auf dem Schwarzmarkt, Prostitution und Geldwäsche. Ein Zeichen, dass die vorsichtige wirtschaftliche Öffnung bald wieder endet?

Insgesamt erhielten 32 privat betriebene Restaurants in Havanna Anfang Oktober Besuch von der regionalen Aufsichtsbehörde (Consejo de la Administración Provincial, CAP). Zuvor waren 129 Restaurantbetreiber_innen einbestellt und über Pflichten und rechtliche Standards informiert worden. Wie CAP-Vizepräsidentin Isabel Hamze Ruiz gegenüber der Tageszeitung *Granma* sagte, dienen die Inspektionen als Warnung an die Unternehmer_innen, dass Verstöße in Zukunft härter sanktioniert würden. Gleichzeitig trat sie Befürchtungen entgegen, die Regierung könnte private Restaurants im großen Stil dicht machen.¹¹ Tatsächlich hoben die kubanischen Behörden Ende Oktober ihre Entscheidung, keine neuen Lizenzen für private Restaurants mehr auszugeben, wieder auf.

Oft sind private Restaurants und Kubas Privatunternehmer_innen aufgrund der Umstände gezwungen, in einer rechtlichen Grauzone zu operieren. «Arbeiter_innen auf eigene Rechnung» (*cuentapropistas*) ist es nicht erlaubt, Produkte aus dem Ausland zu importieren. Wegen fehlender Großmärkte müssen sie zudem in denselben Läden wie der Rest der Bevölkerung einkaufen. Dies wiederum sorgt für Versorgungsengpässe in staatlichen Geschäften. So ist es in Havanna zunehmend schwierig geworden, lokale Cola- oder Biermarken zu finden, da sie von Privatunternehmer_innen palettenweise

aufgekauft werden, sobald sie in den Läden angeliefert werden. Auch die Finanzierung der Selbstständigkeit ist weiterhin schwierig. Zwar wurde das Angebot staatlicher Kredite ausgeweitet, aber vor allem die privaten Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland scheinen nach wie vor eine wichtige Finanzierungsquelle für die *cuentapropistas* zu sein.

Viel Unruhe gab es zuletzt auch im privaten Taxigewerbe. Anfang Februar 2017 führte die Stadt Havanna neue Festpreise für die rund 5.000 privaten Sammeltaxis der Stadt ein. Diese machen ob des kritischen Zustands des öffentlichen Nahverkehrs in der Zwei-Millionen-Metropole einen wichtigen Teil des Transportsystems der Hauptstadt aus. Sie funktionieren nach dem Hop-on-Hop-off-Prinzip auf festen Routen und nehmen Fahrgäste am Straßenrand auf.

Durch den Rückgang der Erdöllieferungen aus Venezuela (siehe Kapitel Venezuela) wurden die Treibstoffzuteilungen an staatliche Firmen zum Teil halbiert. Infolgedessen stiegen die Schwarzmarktpreise für Benzin, das heißt, die Taxifahrer_innen müssen seitdem mehr Geld zum Kauf von Benzin aufwenden. Bereits im Sommer 2016 haben sie deshalb immer häufiger versucht, Routen zu kürzen und die Preise zu erhöhen. Das führte im Juli 2016 zu einer ersten Festsetzung der Taxipreise per Dekret.

Die neuen, staatlich festgelegten Preisobergrenzen sorgten allerdings für viel Polemik, da die Preise zum Teil gesenkt wurden, gleichzeitig aber die Regierung Taxis aus dem Umland von Havanna den

¹¹ Paladares en La Habana: Por un funcionamiento exitoso, in: *Granma*, 9.11.2016, unter: www.granma.cu/cuba/2016-11-09/paladares-en-la-habana-por-un-funcionamiento-exitoso-09-11-2016-14-11-06.

Einsatz in der Hauptstadt verbot, wodurch sich das Taxiangebot verknappte. Für viele Taxifahrer_innen lohnt sich aufgrund der gestiegenen Spritpreise die Arbeit kaum mehr. Sie fordern die Einrichtung gewerblicher Großmärkte für Benzin und Ersatzteile. Zudem hat die Einschränkung des Angebots an Taxis die prekäre Transportsituation weiter verschärft. Es ist fraglich, wie die Einhaltung der neuen Preise kontrolliert werden soll. Aufgabe des Staates wäre vielmehr, den öffentlichen Nahverkehr zu verbessern, das heißt mehr Busse zur Verfügung zu stellen, um die Nachfrage nach Sammeltaxis zu senken und so die Preise zu reduzieren. Immerhin installierte das Transportministerium im Mai 2017 neue staatliche Sammeltaxis auf den Haupt-
routen.¹²

2.4 Genossenschaften

Neben dem Privatsektor soll die Entstehung nicht landwirtschaftlicher Kooperativen (Cooperativas no agropecuarias, CNA) graduell vorangetrieben werden. Sie sollen in Zukunft einen Teil der kleinen und mittleren Staatsbetriebe übernehmen, in Marktsegmenten, die keine Konkurrenz zu staatlichen Betrieben darstellen – ein Experiment, das vor wenigen Jahren mit staatlichen Friseurläden begann und nun nach und nach auf andere Sektoren ausgedehnt wird. Als nächstes sollen alle gastronomischen Einrichtungen des Landes in private Kooperativen umgewandelt werden. Weitere Bereiche sind Bauwesen, Transport und Dienstleistungen.

Die CNA werden gegenüber dem Privatsektor steuerlich bevorteilt. Während die Immobilien zunächst in staatlichem Besitz verbleiben, verwalten die Kooperativen die Einrichtungen auf Pachtbasis.

Kooperativen dürfen zudem Verträge mit staatlichen Unternehmen abschließen. Durch die Umwandlung von Staatsbetrieben in Kooperativen verspricht sich die Regierung neue Anreize für mehr Eigenverantwortung, höhere Produktivität und mittelfristig bessere Einkommen.

Die Realität allerdings sieht keineswegs rosig aus. So läuft die Bewilligung neuer Kooperativen äußerst schleppend, die Verfahren sind oft intransparent, die Wartelisten lang. Im Jahr 2015 wurden landesweit gerade einmal 22 nicht landwirtschaftliche Kooperativen zugelassen; in den Jahren zuvor waren es noch 198 bzw. 147.¹³

Präsident Castro selbst hat der massenweisen Neugründung von nicht landwirtschaftlichen Kooperativen einen Dämpfer verpasst. Vorrang habe vielmehr, die bestehenden Kooperativen zu konsolidieren und bedächtig vorzugehen, erklärte er auf dem VII. Parteikongress im April 2016. «Die Kooperativen haben einen Versuchscharakter, und auch, wenn wir Fortschritte dabei machen, gibt es keinen Grund, diesen Prozess zu beschleunigen, wir müssen den Rhythmus des Geschehens bestimmen. Die Verantwortlichen auf allen Ebenen müssen eine kritische Analyse der erfüllten Aufgaben vornehmen, am richtigen Ort, bei der passenden Gelegenheit und in korrekter Form ihre Meinung zur Umsetzung der Beschlüsse äußern, damit die Fehler korrigiert werden können, bevor das Experiment ausgeweitet wird.»¹⁴

¹² García, Alejandra: Los ruterros llegaron para quedarse, in: Granma, 18.5.2017, unter: www.granma.cu/cuba/2017-05-18/los-taxis-ruterros-llegaron-para-querarse-18-05-2017-23-05-11. ¹³ Henkel, Knut: Die Angst der Comandantes, in: die tageszeitung, 26.12.2016, unter: www.taz.de/Archiv-Suche/!5366226#s=Kuba. ¹⁴ Castro Ruz, Raúl: Informe Central al VII Congreso del Partido Comunista Cuba, in: Cubadebate, 17.4.2016, unter: www.cubadebate.cu/noticias/2016/04/17/informe-central-al-vii-congreso-del-partido-comunista-cuba/#WJ5w1RCePcE.

2.5 Landwirtschaft

Das Genossenschaftsmodell ist keineswegs neu. Bereits 1993 wurden in der kubanischen Landwirtschaft quasi über Nacht staatliche Agrarbetriebe in Genossenschaften (Únidades Básicas de Producción Cooperativa, UBPC) umgewandelt. Ein Experiment, das 2008 mit der Vergabe von Land an landwirtschaftliche Produktionskooperativen (Cooperativas de Producción agraria, CPA) und Kleinbauern und -bäuerinnen wiederbelebt wurde. Damals lag die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach. Ein knappes Jahrzehnt später bewirtschafteten private Bauern und Bäuerinnen rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche, erzeugen aber mehr als 60 Prozent der im Land produzierten Nahrungsmittel.

Mit dem Parteikongress 2011 und den dort verabschiedeten Leitlinien wurde versucht, über Steuererleichterungen und Kreditvergabe nachhaltiges Produktionswachstum zu fördern. Zudem dürfen staatliche und genossenschaftliche Agrarbetriebe nun ihre Erzeugnisse zu freien Preisen direkt an touristische Einrichtungen wie Hotels verkaufen.¹⁵

Aber auch die Vergabe von Land an Kooperativen und kleine Agrarbetriebe und alle Anreize haben Kubas Versorgungsprobleme bisher nicht lösen können. Im Jahr 2014 importierte das Land Mais und Soja im Wert von mehr als 500 Millionen US-Dollar. Insgesamt gibt die Karibikinsel jedes Jahr rund zwei Milliarden US-Dollar für Lebensmittelimporte aus. Drei Viertel aller Lebensmittel müssen eingeführt werden – ein hoher Posten im ohnehin klammen Staatshaushalt.

Die bestehenden Probleme sind vielfältig. So fehlen Großmärkte zum Erwerb von Produktionsmitteln wie Dünger,

Landmaschinen und Zuchttieren ebenso wie Kapital für Investitionen. Der niedrige Grad der Mechanisierung schlägt sich in geringer Produktivität nieder; hinzu kommen staatliche Festpreise für einen Teil der Agrarprodukte, unabhängig von den Produktionskosten, sowie die Abwanderung der Bevölkerung in die Städte. Auch die Pachtbedingungen sind oftmals verbesserungswürdig.¹⁶

Auf dem Parteitag bemängelte Präsident Raúl Castro Probleme bei der Umsetzung der Reformen in der Landwirtschaft. Fehlentwicklungen müssten früher erkannt werden; sie könnten sonst zu «politischen Problemen» werden. Als Beispiel nannte er Preissteigerungen auf den Bauernmärkten in den vergangenen Jahren. In den Provinzen Artemisa und Mayabeque war im Jahr 2013 versuchsweise der freie Verkauf von Lebensmitteln auf Basis von Angebot und Nachfrage eingeführt worden. Der Staat kaufte dort nur noch 50 statt wie bisher 90 Prozent der Ernten auf, was zu einem entsprechend höheren Anteil privater Händler_innen führte, aber auch zu zum Teil drastischen Preisanstiegen. Ende 2015 stoppte die Regierung das Experiment und verfügte staatliche Preisobergrenzen. Castro räumte ein, dass man zu spät auf das Problem der steigenden Preise reagiert habe.

Landverteilung, Steueranreize, Ausweitung privater Anbieter_innen – der Umbau der Landwirtschaft funktioniert bisher noch nicht. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und um

¹⁵ Leyva Remon, Arisbel: Políticas públicas campesinas en Cuba: la equidad y otros desafíos, in: Temas 83, Havanna 2015, S. 12–19. ¹⁶ Neubert, Harald/Zeuske, Michael: Mehr Privateigentum an Ackerland ist nötig, in: Neues Deutschland, 16.11.2016, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1032143.mehr-privateigentum-an-ackerland-ist-noetig.html?sstr=zeuske.

die Ausgaben für Lebensmittelimporte zu verringern, sollen ab Frühjahr 2017 auf der Insel nun in größerem Stil gentechnisch veränderte Mais- und Sojapflanzen angebaut werden. Das kündigte die Regierung Mitte Dezember 2016 in Havanna an. Eine breitere gesellschaftliche Debatte über das Für und Wider des Anbaus gentechnisch veränderter Lebensmittel findet auf Kuba nicht statt.¹⁷

2.6 Löhne, Einkommen und Doppelwährung

Ein zentrales Thema der wirtschaftlichen und sozialen Reformen in Kuba ist die Erhöhung der Einkommen. Laut der kubanischen Statistikbehörde (Oficina Nacional de Estadísticas, ONE) lagen die durchschnittlichen staatlichen Gehälter 2015 bei 687 kubanischen Pesos (28 US-Dollar). Die Zahl relativiert sich etwas, wenn man bedenkt, dass die meisten Kubaner_innen keine Miete zahlen, Arzt- und Schulbesuche kostenlos sowie Grundnahrungsmittel, Transport und Kulturangebote stark subventioniert sind. Zwischen 2010 und 2015 stieg der staatliche Durchschnittslohn um 43 Prozent an, wie Raúl Castro auf dem VII. Parteikongress anmerkte. Trotzdem seien die Gehälter und Renten nicht ausreichend, um alle Grundbedürfnisse zu decken.

Schon im Vorfeld des VI. Parteikongresses 2011 hatten sich bei der breiten gesellschaftlichen Debatte der Reformvorhaben die Themen Einkommen und geringe Kaufkraft beziehungsweise hohe Preise wie ein roter Faden durch die Diskussionen gezogen. Vielfach waren flächendeckende Lohnerhöhungen gefordert worden. Raúl Castro schloss dies jedoch mehrfach als «unverantwortlich

und kontraproduktiv» aus. Eine Anhebung könne es nur geben, wenn die Produktivität gesteigert werde.

Als Beispiel kann der kubanische Gesundheitssektor gelten. Im März 2014 beschloss der Ministerrat für die mehr als 440.000 Beschäftigten des staatlichen Gesundheitswesens eine Anhebung der Gehälter – zum Teil um mehr als 100 Prozent. Mit den Lohnerhöhungen wurden entsprechende Leitlinien des VI. Parteikongresses umgesetzt. Zugleich waren die höheren Gehälter Anerkennung für einen der wichtigsten und produktivsten Wirtschaftsbereiche des Landes. Kuba exportiert medizinische Dienstleistungen in alle Welt. Mehr als 50.000 kubanische Ärzt_innen und medizinisches Personal arbeiten derzeit in 66 Ländern weltweit, davon knapp die Hälfte in Venezuela. Die Ärztemissionen im Ausland erwirtschaften heute einen guten Teil der kubanischen Deviseneinnahmen und sind – noch vor dem Tourismus und Geldüberweisungen der kubanischen Diaspora – die größte Nettoeinnahmequelle des Landes.

Ein Vielfaches der staatlichen Gehälter lässt sich im Privatsektor verdienen. Als Folge gibt es ein wachsendes und vor allem in der Hauptstadt Havanna immer sichtbarer Gefälle zwischen den Beziehenden staatlicher Einkommen und jenen, die im Privatsektor oder Tourismusbereich tätig oder in Kubas Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen angestellt sind. Eine Umfrage der Beratungsagentur Rose Marketing aus Boston, die im Mai und Juni 2016 1.067 Kubaner_innen in mehreren Städten befragte, stellte fest, dass etwa 27 Prozent

¹⁷ Knobloch, Andreas: Kuba setzt auf Gentechnik, in: Neues Deutschland, 4.1.2017, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1037353.kuba-setzt-auf-gentechnik.html?sstr=knobloch.

der Kubaner_innen unter 50 US-Dollar im Monat verdienen; 34 Prozent verdienen zwischen 50 und 100 US-Dollar im Monat; 20 Prozent zwischen 101 und 200. Zwölf Prozent berichteten von einem Monatsverdienst zwischen 201 und 500 US-Dollar; rund vier Prozent bezifferen ihr monatliches Einkommen mit über 500 US-Dollar, und 1,5 Prozent sagten sogar, sie verdienen mehr als 1.000 US-Dollar.¹⁸

Hinzu kommt, dass seit 1994 auf der Insel zwei Zahlungsmittel zirkulieren: neben dem Kubanischen Peso (CUP) der

sogenannte Konvertible Peso (CUC), dessen Wert an den US-Dollar gekoppelt ist. Der offizielle Wechselkurs beträgt 24:1. Vor mehr als drei Jahren bereits hatte die Regierung die Abschaffung des CUC angekündigt; die Umsetzung aber lässt auf sich warten – wohl nicht zuletzt wegen Inflationsängsten. Auf dem Parteikongress im April 2016 hieß es, die Währungsreform solle in «kürzestmöglicher Zeit» umgesetzt werden. Präsident Castro bekräftigte, dass die Bankeinlagen und Ersparnisse der Bevölkerung sicher seien.

¹⁸ Whitefield, Mimi: Cubans don't make much, but it's more than state salaries indicate, in: Miami Herald, 12.6.2016, unter: www.miamiherald.com/news/nation-world/world/americas/cuba/article89133407.html.

3.1 Auslandsinvestitionen: Sonderwirtschaftszone und Investitionskatalog

Um die Wirtschaft in Schwung zu bringen und neue Technologien ins Land zu holen, öffnet sich Kuba ausländischem Kapital. Rund um den Hafen Mariel, 45 Kilometer westlich von Havanna gelegen, wurde Ende 2013 eine Sonderwirtschaftszone eingerichtet. Mit besonders günstigen Zoll- und Steuerregelungen sollen ausländische Kapitalgeber ins Land gelockt werden. Ein Modell, das sich an den Vorbildern Vietnam und China orientiert.

Im Jahr 2014 trat zudem ein neues Investitionsgesetz in Kraft, das ausländischen Unternehmen ermöglicht, in fast alle Bereiche der kubanischen Wirtschaft zu investieren. Ausländisches Kapital soll künftig in einigen Sektoren, wie Lebensmittelproduktion, Landwirtschaft, Tourismus, Baugewerbe und im Energiesektor, eine fundamentale Rolle spielen – ausgenommen bleiben die Bereiche Bildung, Gesundheit und Militär.

Derzeit ist Kuba jedoch weit entfernt von seinem Ziel, jährlich 2,5 Milliarden US-Dollar an ausländischem Kapital anzuziehen. In den Jahren 2015 und 2016 sind 83 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Milliarden US-Dollar genehmigt worden. Angesichts eines Investitionskatalogs mit 395 Projekten – von der Hühnerzucht über die Herstellung von Impfstoffen bis hin zur Errichtung von Windparks –, verteilt über die ganze Insel, erscheint dies wenig. In der Sonderwirtschaftszone Mariel erhielten bisher (Stand: März 2017) gerade einmal 24 Projekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 966 Millio-

nen US-Dollar grünes Licht. Acht davon werden zurzeit umgesetzt. Zu den Investoren zählen das französische Bauunternehmen Bouygues, der mexikanische Fleischhersteller Richmeat, der Lebensmittelkonzern Profood aus Spanien, das belgische Logistikunternehmen BDCLOG und der südkoreanische Hersteller von medizinischem Gerät ArCo 33. Stockt der Öffnungsprozess oder täuscht der Eindruck?

Die für die Genehmigungsverfahren in Mariel zuständige Direktorin, Wendy Miranda Borroto, gab sich bei einem Gespräch im November alles andere als besorgt. Die Projektvergabe entspreche den Erwartungen und liege auf der selbst vorgegebenen Linie. «Normalerweise entwickeln Sonderwirtschaftszonen in den ersten fünf Jahren ihre Infrastruktur, und erst dann werden Investoren eingeladen, sich anzusiedeln. In Mariel haben wir in den bisher drei Jahren beides parallel gemacht.»¹⁹ Die zum Zeitpunkt des Interviews 19 Projektabschlüsse seien unter diesen Umständen eine durchaus «vorzeigbare Zahl».

Einen ähnlichen Ton schlug Mirandas für die Projektevaluierung in Mariel zuständiger Kollege, Oscar Pérez Oliva, an. Die Sonderwirtschaftszone in Mariel sei ein auf lange Sicht angelegtes Projekt, das sich im erwarteten Rhythmus entwickle.²⁰ Déborah Rivas Saavedra, Generaldirektorin für Auslandsinvestitionen im Außenhandelsministerium, verwies auf die weiterhin bestehende Wirtschaftsblockade durch die USA und auf Kubas

¹⁹ Interview mit Wendy Miranda Borroto, 2.11.2016. ²⁰ Pressekonzferenz im Rahmen der Ministerratsitzung der Vereinigung karibischer Staaten (Asociación de Estados del Caribe, AEC), 9./10. März 2017 in Havanna.

negatives Wirtschaftswachstum im Jahr 2016, «was es uns noch nicht erlaubt, ein optimales Investitionsklima zu schaffen». Man sei sich der Schwierigkeiten, ausländische Investoren zu gewinnen, bewusst und keineswegs zufrieden mit den Resultaten. «Das Problem löst sich nicht damit, ein neues Auslandsinvestitionsgesetz zu verabschieden.»²¹

Denn trotz Sonderwirtschaftszone und Auslandsinvestitionsgesetz stagniert die wirtschaftliche Entwicklung. Ende 2016 verkündete Präsident Raúl Castro in der Nationalversammlung, dass sich das Land in einer Rezession befinde. Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr nach vier Prozent Wachstum in 2015 um 0,9 Prozent zurückgegangen. Und das, obwohl im Tourismus, dem dynamischsten Bereich der kubanischen Wirtschaft, zweistellige Zuwachsraten erzielt wurden: Kuba empfing im vergangenen Jahr erstmals mehr als vier Millionen Besucher_innen.

Verschärfungen der US-Blockade und vor allem ihr extraterritorialer Charakter, der den Handel mit Drittstaaten erschwere, seien die Gründe für die schlechte Wirtschaftsentwicklung, so Außenhandelsminister Rodrigo Malmierca. So wurden während Barack Obamas Amtszeit 49 US-amerikanische und auch ausländische Unternehmen vom US-Finanzministerium wegen Verstößen gegen die US-Blockadegesetzgebung zu Strafzahlungen in der Rekordhöhe von insgesamt 14,4 Milliarden US-Dollar verurteilt, darunter die französischen Kreditinstitute BNP Paribas und Crédit Agricole. Auch die deutsche Commerzbank wurde mit einer Milliardenstrafe belegt (siehe Kapitel Deutschland). Neben der Blockadeverschärfung vor allem im Finanzbereich kämen ungünstige globale Rahmenbe-

dingungen hinzu, so Malmierca. Er meint damit den anhaltend niedrigen Ölpreis und die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten von Kubas engstem Verbündeten und wichtigstem Handelspartner, Venezuela.

3.2 Venezuela

Venezuela ist von den anhaltend tiefen Erdölpreisen besonders hart getroffen. Die dortige Wirtschaftskrise schlägt sich nun auch in Kuba nieder. Die Ölimporte aus Venezuela schrumpfen. Bereits im Sommer 2016 stimmte Präsident Raúl Castro die Bevölkerung daher auf wirtschaftlich schwierige Zeiten ein.

Kuba selbst produziert jährlich knapp 25 Millionen Barrel Öl, das entspricht rund 40 Prozent des Eigenverbrauchs. Den Rest bezieht das Land zu Vorzugsbedingungen aus Venezuela. Im Gegenzug arbeiten dort rund 25.000 kubanische Ärzt_innen und medizinisches Personal. Expert_innen schätzen, dass Venezuela zuletzt nur noch 53.500 Barrel Rohöl pro Tag nach Kuba lieferte – das wären 40 Prozent weniger als noch in der ersten Jahreshälfte 2015. Raffinierte Ölprodukte mit eingerechnet, beträgt der Rückgang laut Zahlen der Nachrichtenagentur Reuters noch immer rund 20 Prozent.²² In der Vergangenheit verbrauchte Kuba einen Teil des aus Venezuela erhaltenen Öls selbst und verkaufte den Rest mutmaßlich weiter. Diese zusätzlichen Einnahmen schrumpfen nun ebenfalls. Kuba müsse deshalb unnötige Ausgaben kürzen, Importprodukte durch in Kuba hergestellte Waren ersetzen, in Devisen erwirtschaftende Sektoren investieren und seine Energie effizienter nutzen, so

²¹ Ebd. ²² Marsh, Sarah: Castro admits Cubans face hard times as economy slows sharply, 9.7.2016, unter: www.reuters.com/article/us-cuba-economy-idUSKCN0Z021J.

Raúl Castro. Unabhängig davon versucht die Karibikinsel seit Jahren, über Energiesparprogramme ihren Energiebedarf zu drosseln und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern. Die Regierung hat die Energieunabhängigkeit als eine der Prioritäten des Landes bezeichnet; bis zum Jahr 2030 will Kuba den Anteil erneuerbarer Energien von derzeit vier auf 24 Prozent erhöhen.

Angesichts der Lieferengpässe aus Venezuela sind Behörden und staatliche Betriebe auf Kuba seit dem Sommer 2016 dazu übergegangen, Arbeitszeiten zu kürzen und Klimaanlage herunterzufahren, um Energie zu sparen. Im Tourismussektor sowie in der Nickel- und Zuckerproduktion gab es keine Einschränkungen; auch die privaten Haushalte, die 60 Prozent des Stromverbrauchs auf Kuba ausmachen, waren nicht betroffen. Wirtschaftspolitisch ist es allerdings fragwürdig, in der Industrieproduktion Stromeinsparungen zu verfügen und Privathaushalte davon auszunehmen. Hintergrund dürfte sein, dass die Regierung Unmut in der Bevölkerung vermeiden will. Denn zu den wirtschaftlichen Problemen Venezuelas kommt seit dem November 2016 nun eine große Unbekannte: der neue US-Präsident Donald Trump.

3.3 Vereinigte Staaten

Die begonnene Annäherung an den früheren Erzfeind USA dürfte Raúls größte Leistung sein. Zwei Jahre, nachdem der ehemalige US-Präsident Barack Obama einen Kurswechsel in der US-amerikanischen Kubapolitik einleitete, ist die Euphorie allerdings verflogen. Zwar erließ Obama fünf Maßnahmenpakete, durch die verschiedene Aspekte der Blockadepolitik modifiziert wurden. Zum größten

Teil handelte es sich dabei aber lediglich um eine Ausweitung bereits zuvor verfügbarer Lockerungen. Mit quasi einer seiner letzten Amtshandlungen hat Obama zudem die US-amerikanische Vorzugsbehandlung kubanischer Migrant_innen beendet²³ und erfüllte damit eine langjährige Forderung der kubanischen Regierung – wohl auch, um die Annäherungspolitik zu festigen.

Die US-Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade dagegen ist weiterhin intakt. Zwar betreiben US-Ketten mittlerweile Hotels auf der Insel, und es gibt wieder reguläre Linienflüge zwischen beiden Ländern, weiterhin verboten bleiben jedoch Investitionen von US-Unternehmen auf Kuba außerhalb des Telekommunikationssektors. Auch Beschränkungen von US-Exporten nach Kuba in den Bereichen Tourismus, Energieproduktion oder Bergbau bleiben bestehen, ebenso die Importbeschränkungen für kubanische Produkte; einzig im Bereich pharmazeutische Produkte gibt es auf Druck von US-Unternehmen Ausnahmen. Auch für den Finanzsektor wurden keinerlei neue Maßnahmen verkündet. Theoretisch ist in Kuba seit März 2016 die Verwendung des US-Dollar bei internationalen Transaktionen erlaubt, doch habe man bis heute weder Bargeldzahlungen noch Überweisungen in dieser Währung an Drittstaaten vornehmen können, bemängelt die kubanische Regierung. Zudem bleibt es Kuba verboten, Konten bei US-Banken zu eröffnen. Die illegalen Radio- und Fern-

²³ Gemeint ist die sogenannte Wet-foot-dry-foot-Regelung, nach der Kubaner_innen, die «trockenen Fußes» US-Territorium erreichten, politisches Asyl erhielten, sowie das 2006 vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush erlassene Cuban Medical Professional Parole Program (CMPP), wonach kubanische Ärzt_innen und Mediziner_innen umstandslos in die USA einreisen durften und Aufenthaltsgenehmigungen erhielten.

sehprogramme gegen Kuba, zur «Demokratieförderung», werden weitergeführt; auch ist keinerlei Absicht erkennbar, die US-Militärbasis in Guantánamo an Kuba zurückzugeben. Beide Punkte, zusammen mit einer Aufhebung der Blockade, sind von Kubas Regierung wiederholt als essentiell für eine Normalisierung der Beziehungen bezeichnet worden. Hinzu kommt nun die mit der Präsidentschaft Donald Trumps verbundene Ungewissheit. Wird er die Annäherung an Kuba rückgängig machen?

Die Erwartungen der kubanischen Regierung sind, dass auch unter Trump der von Obama begonnene Annäherungsprozess fortgesetzt wird. Die Signale aus den USA aber sind bisher widersprüchlich. So gilt der neue US-Außenminister Rex Tillerson als Befürworter der Blockadepolitik und einer harten Haltung gegenüber Kuba. Aber das allein muss noch nichts heißen, da Kuba bei der Besetzung eines solchen Amtes und überhaupt auf der Prioritätenliste der US-Außenpolitik nicht sehr weit oben steht.

Noch vor seiner Amtseinführung hatte Trump Havanna gedroht, wieder auf eine härtere Linie umzuschwenken. Sofern Kuba nicht bereit sei, einen «besseren Deal» einzugehen, werde er diesen aufkündigen, twitterte er. Reince Priebus, sein Stabschef, hatte zuvor die Bereiche aufgezählt, in denen man Zugeständnisse erwarte: Unterdrückung von Oppositionellen, Marktzugang, Religionsfreiheit, politische Gefangene. Von der Haltung der kubanischen Regierung zu den Menschenrechten hänge ab, ob Trump die Annäherungspolitik Obamas gegenüber Kuba fortsetze, sagte zuletzt Präsidentensprecher Sean Spicer. Alle Aspekte von Obamas Kubapolitik stünden auf dem Prüfstand, hieß es.

Der Ton der bilateralen Beziehungen dürfte unter Trump wieder rauer und konfrontativer werden. In Kuba erzeugt das viel Druck und Spannungen. Staat, Partei und Militär werden dann vor allem versuchen, «die Reihen geschlossen zu halten», vermutet Kuba-Experte Bert Hoffmann. «Das dürfte eher eine Fasten-your-seat-belts-Phase sein, kaum ein Moment für weitere Schritte von Öffnung und Reform, auch wenn diese von der Regierung seit langem angekündigt und sicherlich auch notwendig sind.»²⁴

Seit seiner Amtseinführung hat sich Trump nicht mehr zu Kuba geäußert. Sollte Trump tatsächlich die Politik seines Amtsvorgängers fortführen, dürfte er auf den Widerstand jener US-amerikanischen Unternehmen stoßen, die fest auf Geschäfte auf der Karibikinsel setzen. Mit seiner aggressiven Rhetorik im Wahlkampf aber scheint sich US-Präsident Trump in die Gruppe jener einzureihen, die meinen, mit Druck Veränderungen auf Kuba bewirken zu können. Mit dieser Politik sind aber bereits zehn US-Präsidenten vor ihm gescheitert. Denn wie Fidel Castro einmal sagte: «Wir mögen schlecht sein im Produzieren, im Kämpfen aber sind wir gut.» Gute Aussichten wären das nicht.

3.4 Europäische Union

Dagegen haben die Europäische Union (EU) und Kuba einen Neuanfang gestartet. Ende 2016 beschloss die europäische Staatengemeinschaft, den «Gemeinsamen Standpunkt» gegenüber Kuba nach 20 Jahren zu verlassen. In Brüssel unterzeichneten EU-Außenvertreterin Federica Mogherini und Kubas Außenminister Bruno Rodríguez das lang

²⁴ Interview mit Bert Hoffmann, 29.11.2016.

erwartete Rahmenabkommen zu politischem Dialog und zur Zusammenarbeit. Damit sollen die gegenseitigen Beziehungen endlich normalisiert werden.

Das Verhältnis zwischen der EU und Kuba war bislang vom sogenannten Gemeinsamen Standpunkt der EU geprägt. Dieser war 1996 auf Betreiben der damaligen rechtskonservativen spanischen Regierung unter José María Aznar verabschiedet worden und machte eine Normalisierung der Beziehungen von Fortschritten Kubas bei Demokratie und Menschenrechten abhängig. Mit dem Abkommen, das in die drei Kapitel Kooperation, Politischer Dialog und Wirtschaftliche Beziehungen unterteilt ist, stellt die EU ihre Beziehungen zu Kuba auf eine neue Grundlage. Kuba war bislang das einzige Land Lateinamerikas ohne Assoziations- oder Kooperationsabkommen mit der EU. In der Praxis hatten bereits 19 EU-Mitgliedsstaaten bilaterale Vereinbarungen mit Kuba geschlossen. Vor allem Länder wie Spanien, Frankreich oder Italien hatten schon seit längerem auf eine neue Kuba-Politik der EU gedrängt, während Deutschland im Verbund mit einigen osteuropäischen Staaten eher als Bremser agierte.

Die EU und Kuba nahmen die Verhandlungen über eine Annäherung im April 2014 auf. Nach sieben Gesprächsrunden wurden diese im März 2016 abgeschlossen und das ausgehandelte Abkommen wurde von der EU-Außenbeauftragten Mogherini in Kubas Hauptstadt Havanna förmlich unterzeichnet. Das Abkommen gilt auch als Versuch seitens der EU, verlorenes Terrain auf Kuba zurückzugewinnen. Die EU ist heute zwar der größte Investor auf der Karibikinsel und der zweitwichtigste Handelspartner Kubas nach Venezuela;

aber diplomatisch war der «Gemeinsame Standpunkt» ein gewaltiges Hindernis.

Anfang 2016 einigte sich Havanna zudem mit den Gläubigern des Pariser Clubs über eine Schuldenrestrukturierung und machte so den Weg frei für eine Rückkehr an die internationalen Finanzmärkte. Die Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit soll mittelfristig zu besseren Bedingungen für Handel und Investitionen führen.

Neben Kubas wichtigsten Handelspartnern Venezuela und China nutzen Länder wie Russland oder die Niederlande die Gunst der Stunde; aber auch Japan oder die Golfstaaten bauen ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Kuba aus. Im November 2016 schloss Kuba neue Kooperationsvereinbarungen mit Russland in den Bereichen Luftfahrt und Zuckerindustrie. Besonders aktiv ist Frankreich. So wird das französische Unternehmen Colas Rail, eine Tochter des Baukonzerns Bouygues, Kubas Schienennetz erneuern. Bouygues hatte im August 2016 bereits den Zuschlag für die Modernisierung von Havannas Flughafen erhalten, der wiederum künftig von dem französischen Konzern Aéroports de Paris betrieben werden wird. Die Kubareise von Präsident François Hollande im Mai 2015 wirkte da wohl als Katalysator.

3.5 Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik dagegen hält sich in Kuba traditionell eher zurück. Nach Ansicht des Deutschen Botschafters in Kuba, Thomas Neisinger, «fehlt es nicht an Vertrauen oder an gemeinsamer Sprache, aber an einer gewissen Transparenz» bei den Genehmigungsverfahren. Die Qualität der wirtschaftlichen Beziehungen stimme, beim Volumen dagegen

könne man noch zulegen. Die Gründe für die Zurückhaltung seien eine unterschiedliche Herangehensweise und ungeeignete Projektgrößen, hört man von deutschen Unternehmen immer wieder.²⁵ Hinzu kommen schwierige Finanzierungsbedingungen. In der Vergangenheit wickelte die Commerzbank einen Großteil des deutschen Kubageschäfts ab. Im Mai 2015 aber – fünf Monate nach der Verkündung der Aufnahme bilateraler Verhandlungen zwischen den USA und Kuba – wurde die Bank wegen Geschäften mit Kuba aufgrund der Blockadegesetzgebung der USA zu einer Strafe von 1,7 Milliarden US-Dollar verdonnert. Seitdem lässt sich keine deutsche Bank mehr auf Kuba ein. Darüber hinaus fehlt es an öffentlicher Entwicklungsfinanzierung. «Die Bundesregierung kann da definitiv mehr machen», so Stephan Gruber, Chef der Netcon AG aus Leipzig und Vertreter der Casa Alemania, einem Zusammenschluss in Kuba aktiver ostdeutscher Unternehmen. «Das fehlende Entwicklungshilfeabkommen mit Kuba ist für Deutschland derzeit das größte Hemmnis.» Mit einem solchen hätten die deutschen Entwicklungsbanken eine Basis, auf der sie ihre Projekte finanzieren könnten.²⁶

Bei seinem Besuch in Havanna in Begleitung einer 60-köpfigen Wirtschaftsdelegation Anfang 2016 versprach der damalige Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister, Sigmar Gabriel, die Bedingungen für die Vergabe von Hermesbürgschaften zu verbessern; auch liefen Verhandlungen über einen Rahmenvertrag zur Entwicklungszusammenarbeit. Darüber hinaus wurde mit der kubanischen Seite die Einrichtung eines Büros zur Förderung von Handel und Investition vereinbart. Geplant war, dass dieses Verbindungsbüro der deutschen Wirtschaft, aus dem später einmal eine Außenhandelskammer werden soll, noch im Jahr 2016 seine Arbeit aufnimmt. Passt es seitdem nicht viel.

Gabriel pries den Kubaner_innen vor allem den deutschen Mittelstand als verlässlichen und langfristigen Partner an. Dafür bedürfte es aber gesicherter und transparenter Rahmenbedingungen und Bürokratieabbau. Von kubanischer Seite werde hingegen vor allem an Großinvestitionen gedacht, sagt Gruber. Für Großkonzerne aber ist Kuba als kleiner Markt eher uninteressant; für mittelständische Unternehmen dagegen seien die von Kuba angestrebten Investitionen oft zu groß: «Da gibt es Diskrepanzen.»²⁷

²⁵ Knobloch, Andreas: Stillstand bei Investitionen auf Kuba?, 8.11.2016, unter: www.dw.com/de/stillstand-bei-investitionen-auf-kuba/a-36291211. ²⁶ Ebd. ²⁷ Ebd.

Diskrepanzen ist ein gutes Stichwort. Zwar hat der seit zwei Jahren laufende Annäherungsprozess zwischen Kuba und den USA zusammen mit den angestoßenen Veränderungen, wie mehr Autonomie für Staatsunternehmen, der Ausweitung der «Arbeit auf eigene Rechnung», der Schaffung privater Kooperativen und dem Gesetz für ausländische Investitionen für eine neue wirtschaftliche Dynamik gesorgt. Von den mehr als 300 vor fünf Jahren beschlossenen Leitlinien beziehungsweise Reformvorhaben wurde aber bisher gerade einmal ein gutes Fünftel umgesetzt. Und die globalen Rahmenbedingungen sind angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Kubas engstem Verbündeten Venezuela und der mit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump einhergehenden Ungewissheit nicht günstiger geworden. Auch die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA ist weiter intakt und bleibt ein wichtiges Hindernis.

Eine weitere Diskrepanz, wenn nicht eher ein Paradox, ist der Umstand, dass wohl kaum ein Land auf der Welt so viel in Bildung und Ausbildung investiert wie Kuba und so wenig Ertrag in Form von wirtschaftlichem Wachstum und steigendem Wohlstand erntet. Dabei macht gerade das hohe Bildungsniveau die Karibikinsel interessant für potenzielle Investoren. Auch kann der kubanische Entwicklungsansatz durchaus als Vorbild gelten für kleine Länder ohne große Rohstoffvorkommen oder andere natürliche Ressourcen – schöne Landschaften und Strände als Anreiz für Tourismus einmal ausgenommen. Nach 500 Jahren Monokultur Zucker setzt das Land

seit der Revolution auf Bildung, hat einen angesehenen Biotechnologiesektor entwickelt und exportiert medizinische Dienstleistungen. Die Einnahmequellen Kubas aber müssen weiter diversifiziert werden, um künftig weniger von einem Markt (früher Sowjetunion, heute Venezuela) und einem Produkt (Zucker) abzuhängen.

Wichtigste Aufgabe wird sein, die durchschnittlichen Einkommen und damit den materiellen Wohlstand der Bevölkerung zu steigern. Auch mit staatlichen Gehältern muss es möglich sein, zumindest die Grundbedürfnisse zu decken. Das ist heute vielfach nicht der Fall. Wie die Regierung korrekterweise betont, muss dafür die Produktivität erhöht werden. Dafür aber sind neue Technologien, der Ausbau des Internets und neben monetären Anreizen auch mehr Dezentralisierung und Autonomie nötig. Die Erhöhung der Kaufkraft der eigenen Bevölkerung würde zudem den Binnenmarkt stärken – eine Komponente, die in den Planungen bisher nicht vorkommt.

Ansätze gäbe es. Vor allem der Tourismussektor – ständig werden neue Besucherrekorde vermeldet – und tourismusnahe Bereiche der Privatwirtschaft wie private Restaurants, Bars und das Taxigewerbe boomen. Damit steht die kubanische Regierung aber auch vor der Aufgabe, divergierende Kräfte in Zaum zu halten und die Schere zwischen Arm und Reich nicht zu groß werden zu lassen. Gleichzeitig müssen die sozialen Errungenschaften der Revolution, wie kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung für alle, erhalten und verbessert werden. Bei einer Korrosion oder

gar einem Wegbrechen des Sozialsystems würde wohl auch schnell der Herrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei Kubas infrage gestellt.

Am Ein-Parteien-System Kubas wird nicht gerüttelt, staatliche Betriebe bleiben zentral für die kubanische Wirtschaft und neue Regularien sollen die Konzentration von Reichtum verhindern – der VII. Parteikongress, von dem wichtige Weichenstellungen und eine personelle Erneuerung erwartet worden waren, ging mit einem «Weiter so» zu Ende. Für die Reformvormvorhaben gilt weiterhin Raúl Castros Motto: «Ohne Eile, aber ohne Pause.»

Die Frage ist, ob dafür alle die nötige Geduld aufbringen. Weite Teile der Bevölkerung, vor allem außerhalb der boomenden touristischen Zentren des Landes – Kuba ist nicht nur Havanna, Trinidad und Viñales –, bemerken auch mehr als fünf Jahre nach Beginn der «Aktualisierung des sozialistischen Modells» kaum etwas von einer Verbesserung ihrer Lebensumstände. Sie kämpfen weiter mit geringen staatlichen Einkommen und hohen Lebensmittel- und Konsumgüterpreisen. Vor allem junge, gut ausgebildete Leute verlassen daher in Scharen das Land oder tragen sich mit dem Gedanken. Oder sie tauschen ihre staatlichen Akademikerjobs gegen Beschäftigungen im (privaten) Tourismus- oder Gaststättengewerbe. Das ist ein gewaltiger Aderlass. Die Aufhebung der Vorzugsbehandlung kubanischer Migrant_innen in den USA durch US-Präsident Obama kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt könnte mittelfristig für Dampf im Kessel Kuba sorgen, da das «Ventil Auswanderung» für die auf der Insel Unzufriedenen nun wegfällt. Hinzu

kommt der demografische Druck. Denn die ironische Kehrseite des guten kubanischen Gesundheits- und Sozialsystems ist, dass die Gesellschaft altert und die Kosten für den Erhalt des Sozialsystems steigen.

Der Jugend eine Perspektive und auch Verantwortung zu geben, ist daher eine der dringendsten Aufgaben. Erstmals wächst eine Generation Kubaner_innen mit denselben Kulturprodukten heran wie ihre Altersgenoss_innen im Westen: Barbie und Micky Maus statt Pidio Valdéz, Reggaeton und US-amerikanische Unterhaltungsmusik statt Silvio Rodríguez und Los VanVan, US-Blockbuster statt «Fresa y Chocolate». Dieser kulturelle Wandel wird die Gesellschaft mittelfristig viel nachhaltiger umformen, als viele meinen. Und da reichen «Zwei Schritte vor, einer zurück» bei den Reformen nicht aus.

Nötig wäre eine gesellschaftliche Vision, wie ein sozialistisches Kuba der Zukunft aussehen soll. Eine Vision, hinter der sich die Bevölkerung versammeln kann. Es kann nicht darum gehen, den Status quo (mehr schlecht als recht) zu verwalten. Derzeit reichen die von außen projizierten Zukunftsszenarien von Staatskapitalismus à la China über eine tropische Vision der kapitalistischen Restauration in Osteuropa bis hin zu einer Wiederkehr des US-amerikanischen Casino-Kapitalismus. Erstrebenswert ist keine davon.

Doch die Zeit drängt: Für soziale Prozesse mögen 20 Jahre ein unwesentlicher Faktor sein – für die Menschen in diesen Prozessen aber ist es ein Viertel ihres Lebens. Oder wie der kubanische Wirtschaftswissenschaftler Juan Triana schreibt: «Entwicklung braucht Zeit und

kann nicht als kurzfristige Frage verstanden werden, aber Entwicklung darf nicht dasselbe sein wie der Horizont, jene imaginäre Linie, die in dem Maße wegrückt, wie wir ihr uns nähern.»²⁸

Andreas Knobloch ist Politikwissenschaftler und Journalist. Er lebt und arbeitet seit mehreren Jahren in Havanna.

28 Triana Cordovi, Juan: El Gerundio y la Economía, in: oncuba, 13.2.2017, unter: oncubamagazine.com/columnas/el-gerundio-y-la-economia.

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Konzeptwerk Neue Ökonomie
**KEIN WACHSTUM IST
 AUCH (K)EINE LÖSUNG**
 MYTHEN UND BEHAUPTUNGEN
 ÜBER WIRTSCHAFTSWACHS-
 TUM UND DEGROWTH

luxemburg argumente Nr. 14
 Mai 2017
 52 Seiten
 ISSN 2193-5831

 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publication/14854



AG Kritischer Konsum
**GUTER KUNDE,
 BÖSER KUNDE**
 ÜBER DAS FÜR UND WIDER
 «ETHISCHEN» KONSUMS

luxemburg argumente Nr. 13
 November 2016
 44 Seiten
 ISSN 2193-5831

 Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publication/42889

IMPRESSUM

ANALYSEN Nr. 37

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Juni 2017

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

«Die Regierung spricht von einer Aktualisierung des sozialistischen Modells. Es handelt sich aber vielmehr um die Verabschiedung vieler bisheriger Elemente des kubanischen Sozialismus, ausgehend von der Erkenntnis, dass die tiefe Strukturkrise der kubanischen Wirtschaft neue Ansätze erfordert.»

ANDREAS KNOBLOCH

